

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.- M., monatlich 1.- M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile ...

Berliner Volksblatt Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 22. September 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bisher 320 Tote festgestellt.

Ueber die Zahl der Opfer bei der Oppauer Katastrophe sind auch heute offizielle Zahlen noch nicht bekannt.

millen der Opfer des Unglücks in Oppau 75 000 Mark überreichen lassen.

Die Opfer.

Ludwigshafen, 22. September, 11 Uhr mittags. (M.T.B.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind bei den gestrigen Bergungsarbeiten 320 Tote geborgen worden.

Eine Hilfsaktion des Reiches.

Der Reichspräsident richtete an die Regierung in Speyer folgendes Telegramm:

Tieferschüttert durch die Nachricht von dem furchtbaren Unglück im Oppauer Werk spreche ich den bedauernswerten Hinterbliebenen der getöteten Arbeiter und Angestellten meine herzlichste Teilnahme aus.

Außerdem hat der Reichspräsident den Reichskanzler gebeten, sofort eine Hilfsaktion für die Verunglückten und ihre Hinterbliebenen einzuleiten.

Reichskanzler Dr. Brüning sandte an den Regierungspräsidenten folgendes Telegramm:

Die Nachricht von der entsetzlichen Explosionskatastrophe hat mich aufs Tiefste erschüttert. Ich bitte Sie, den Angehörigen der Getöteten und Verletzten den Ausdruck meiner herzlichsten und innigsten Teilnahme zu übermitteln.

Speyer, 22. September. (M.T.B.) Sämtliche Bezirksamter der Pfalz sind von der Regierung angewiesen worden, Sammelstellen zur Sammlung von Spenden für die Angehörigen der Getöteten und Verletzten sowie der Beschädigten zu errichten.

Der Tischlerstreik in Berlin.

Von R. Kayser.

Der Kampf, den die Berliner Tischler seit dem 13. August führen, ist kein gewöhnlicher Lohnstreik.

Im Grunde sind den Berliner Unternehmern des Holzgewerbes die Bestimmungen des Reichsmantelvertrages gar nicht wichtig; die meisten von ihnen dürften den Vertrag auch kaum gründlich studiert haben.

Die Berliner Organisation der Arbeitgeber sind die „Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie“, ein ziemlich enges Kartell von Verbänden, an dessen Spitze der Obermeister der Berliner Tischlerinnung Theodor Baeth steht.

Das kam nicht von ungefähr. Der Berliner Obermeister hat einen ungeheuren Respekt vor sich selbst.

Die Entscheidung über Oberschlesien.

Paris, 22. September. (G.E.) Dem „New York Herald“ wird aus Genf gemeldet: Zuverlässigen Informationen zufolge läßt der gegenwärtige Stand der Arbeiten des Viererkomitees für die ober-schlesische Frage die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß eine Entscheidung vor Schluss der gegenwärtigen Session des Völkerbundes erfolgen könne.

Das Streikende in Nordfrankreich.

Paris, 22. September. (M.T.B.) Wie der „Petit Parisien“ aus Koubouly meldet, haben gestern große Versammlungen der Streikenden stattgefunden, in denen über die Lage Bericht erstattet wurde.

den Aufschriften: „Es lebe der Streik bis zum äußersten!“, „Brot oder Blei!“ mitgeführt wurden. Hunderte von Fenster Scheiben wurden durch Steinwürfe zertrümmert.

Die französische Gewerkschaftskonferenz.

Die Nationalversammlung der französischen Gewerkschaften nahm am Mittwoch die Wahl des Bureau vor.

Bei den Wahlen des Verwaltungsausschusses für das Bureau des Allgemeinen Arbeiterverbandes erklärten die Vertreter der Rinderheilsrichtung, sie würden das Verlangen des Allgemeinen Arbeiterverbandes nicht annehmen, gegen ihre Grundfläche zu arbeiten.

Auslandsrundschau.

Der gemischte Ausschuss der Arbeiterpartei des englischen Gewerkschaftskongresses hat eine Entschliessung angenommen und an Lloyd George gefordert, in der der Ernst des Arbeitslosenproblems hervorgehoben und verlangt wird, daß das Parlament unverzüglich zusammentritt.

Der belgische Senat nahm mit 58 zu 44 Stimmen einen Gesetzesvorstoß an, der den Frauen bei Provinzialwahlen das Stimmrecht verleiht.

Seine Kollegen im Reich haben aber schnell erkannt, daß Herr Baeth nur ein leerer Schwäger ist und sie haben die ihm als Querulanten gebührende Beachtung geschenkt.

Das ist der eigentliche Grund für den Kampf der Holzarbeiter in Berlin. Die Unternehmer, die dem radikalen Obermeister Gefolgschaft leisten, sind sich gar nicht recht bewußt, welchen Zwecken sie dienen und daß sie nur dem Obermeister zuliebe ihr Geschäft ruinieren.

Im Berliner Holzgewerbe macht sich nach langer Depression wieder ein kleiner Aufschwung bemerklich. Auch die kürzlich veranstaltete Möbelmesse soll nicht ganz erfolglos gewesen sein.

Dabei haben die Berechnungen des Herrn Baeth ein großes Loch, das täglich größer wird. Er hat sich bemüht, auch andere Arbeitgeberverbände von der Anerkennung des Reichsmantelvertrages abzuhalten und in Flugblättern, die er herausgab, suchte er den Nachweis zu führen, daß für die Mehrzahl der Holzarbeiter in Deutschland der Reichs-

mantelvertrag nicht anerkannt sei. Daß er die Wahrheit hierbei sehr stark umgebogen hat, braucht kaum erwähnt zu werden, er hatte dabei aber noch ein besonderes Malheur. Von den Arbeitgeberverbänden, die er als ablehnend bezeichnete, hatten viele schon damals und fast der ganze Rest seither den Reichsmantelvertrag und den auf Grund desselben errichteten Landestarifvertrag angenommen. Augenblicklich ist der Reichsmantelvertrag für etwa 150 000 Arbeiter in ganz Deutschland anerkannt. Das ist der weitaus größte Teil der Arbeiter, für die er im wesentlichen nur in Betracht kommt. Neben Berlin beharren nur noch wenige, minder bedeutende Orte im Widerstand, der auch bald überwunden sein wird.

Und in Berlin selbst steht die Sache für Baeth auch schon recht kritisch. Zurzeit stehen noch etwa 8500 Arbeiter im Streit. Dabei sind die Ausgesperrten mit eingerechnet. Nach einem Befehl des Herrn Baeth sollte der Streik mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet werden. Das hatte zur Folge, daß wohlgezählte 179 Mann ausgesperrt wurden; weiter reichte die Kraft nicht. In etwa 450 Betrieben haben die Unternehmer den Reichsmantelvertrag und das Lohnabkommen anerkannt; in diesen Betrieben arbeiten etwa 5000 Arbeiter.

In der vorigen Woche hat der Schlichtungsausschuss einen vergeblichen Versöhnungsversuch unternommen. In seiner Entscheidung hat er den Parteien aufgegeben, sich wegen des Reichsmantelvertrages direkt zu vererlichen. Die Differenzen doch vorerst als unüberwindlich zu sein scheinen. Da Herr Baeth auf seinem Kopf beharrt, erwiesen sich die Differenzen doch vorerst als unüberwindlich und auch die direkten Verhandlungen blieben resultatlos. Nunmehr hat das Reichsarbeitsministerium in den Parteien seine guten Dienste angeboten. Selbstverständlich sind die Arbeiter jederzeit zu Verhandlungen bereit, ob es aber möglich sein wird, den Streik jetzt zum Abschluß zu bringen, muß abgewartet werden.

Organisierte Hege gegen Wirth.

In den letzten Tagen flackerte in der Presse hier und da, aber immer häufiger mancherlei an Angriffen gegen den Reichskanzler Dr. Wirth empor. Nunmehr haben sich die Angriffe verdichtet; sie beginnen eine gewisse einheitliche Führung zu zeigen. Beachtenswert erscheint uns dabei, daß die Gegner Wirths zum Teil recht weit ausholten; sogar auf dem Umweg über die ausländische Presse zieht man gegen ihn los. In nationalistischen Kreisen scheint zurzeit im besonderen die Pariser Hefepresse einiges Ansehen zu genießen. Man erinnere sich nur, daß Ludendorff den „Matin“ als Verteidiger seiner Politik benutzte.

Ein Teil der Angriffe gegen Wirth erschöpft sich in den üblichen nationalistischen Schmähereien. Sie sind in so wüsten Mengen üblich geworden, daß die „Germania“ sich heute gezwungen sieht, in einem ausführlichen Leitartikel darauf einzugehen. Es wird da der Kern aller Gründe, die zum Angriff gegen den Reichskanzler dienen, deutlich umrissen: die Politik der Erfüllung und der Versöhnung ist nicht populär, weil sie innere und äußere Opfer fordert. Wer sie heischen muß, wird verdammt. Es wird offen darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen die Angreifer sind, daß die Volksparteier gedämpft sekundieren; die Mittelparteien parieren lahm oder schweigend.

Wie ernst in Zentrumskreisen die Angriffe gegen Wirth angesehen werden, das beweist, daß der Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumspartei die Aufmerksamkeit seiner Parteigenossen auf den fanatischen Ansturm gegen den Reichskanzler lenkt. Man sagt, die Angriffe trafen nicht nur Wirth persönlich, sie seien auch auf die Zentrumspartei selbst gemünzt. Deswegen sei es notwendig, daß die Zentrumspartei als Ganzes den Kampf für ihren Kanzler aufnehmen und entschlossen durchführen müsse.

Die „Tägliche Rundschau“, die nach dem Austritt Rippplers nicht mehr 50prozentig deutschvölkisch, sondern heute

schon zu 75 Proz. deutschnational ist — man steigt mit dem Dollar — bringt heute morgen ebenfalls einen Leitartikel unter der Überschrift: „Wirths Ende“, der beweist, wie recht die „Germania“ mit ihren Warnrufen hat.

Die „Tägliche Rundschau“ führt ihren Kampf gegen den Kanzler im Grunde genommen nur mit zwei Behauptungen. Die eine geht darauf hinaus, daß die Sozialdemokratie gegen Wirth Sturm laufel. Wir sind gern bereit, unsern Gegnern, wenn sie über unsere Absichten streiten, mildere Umstände im Umfang des entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches zuzubilligen. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, auf ihre Tätigkeit aufmerksam zu machen. Wir können deswegen nur betonen, daß in der Sozialdemokratie Bestrebungen, Herrn Wirth zu stürzen, nicht vorhanden sind. Im Gegenteil, die Feindschaft, der der Reichskanzler durch die Deutschnationalen für würdig befunden worden ist, kann ihn uns nur sympathischer machen. Die andere Behauptung spitzt sich darauf zu, daß die Franzosen an einem System Wirth-Breitscheid einschließlich Georg Bernhardt arbeiten, während die Engländer auf eines Marke Stresemann-Stinnes hinausgingen. In den englischen Kombinationen sei der Sturz von Wirth etwas Selbstverständliches. Der Wille sei nach dieser Richtung hin so einseitig, daß sogar Frankreich schon von Wirth abrüde, um sich freie Hand zu sichern.

Wir sind der Auffassung, daß das Ausland, soweit ihm überhaupt ein Recht zusteht, sich um innerpolitische Angelegenheiten zu kümmern, nur ein Interesse hat, und das ist, in Deutschland eine Regierung am Ruder zu sehen, die den ehrlichen Willen zur Erfüllung des Friedensvertrages verbürgt. Das ist das Reichskabinett Wirth.

Der Wunsch ist bei all diesen Aufregungen der Vater des Gedankens. Man behauptet, daß die Sozialdemokratie, daß Stegerwald, Stresemann, die Engländer und die Franzosen gegen Wirth seien und daß man sich nur dem Druck dieser vereinten Mächte beuge, wenn man Wirths Ende verlange. Tatsächlich ist es aber so, daß nicht einflussreiche Kreise in Deutschland die Energie des Reichskanzlers Wirth unbehaglich finden. Deswegen die Hege, die mit den üblichen schmutzigen Mitteln geführt wird.

Die Münchener Rechtsputzschafe.

München, 22. September. (Eigener Drahtbericht des „Borm.“) Die programmatische Erklärung des neuen Ministerpräsidenten „eine gut bayerische Politik in treuer und unentwegter Anhänglichkeit an das Reich“ führen zu wollen, sowie die Tatsache, daß der rechtsradikale Flügel in Oppositionstellung gegen den neuen Ministerpräsidenten getreten ist, kennzeichnen die politische Situation. Die Hoff und Eile jedoch, in der sich gestern der Landtag nach langen Schwankungen zur Wahl des Grafen Verchenfeld entschlossen hat, muß jedem zu denken geben, der die von Rahr entfalteten dunklen Kräfte der Münchener Straße richtig einschätzen will. Die Landtagsgänge durchschwärmten Gerüchte von dem nationalsozialistischen Putsch. Die Flugblatthege, die in den Nachmittagsstunden ihren Höhepunkt erreichte, gab dazu allen Anlaß. Man warf die Flugblätter aus der Straßenbahn und aus Autos unter die Passanten; von erhöhten Stellen auf die Oktoberfestwiese. Gestern wurden sogar zweimal von den Frauensträumen herab Flugblätter geworfen, die alles bisher Gebotene übertrafen. Die letzten Flugblätter wandten sich nicht mehr gegen die Sozialisten, sondern gegen die Bayerische Volkspartei und schlossen mit der Aufforderung:

„Bauern, in Massen auf die Straße und heraus gegen das Parlament!“

Aus der Art dieser Flugblätter merkt man, daß es sich hierbei nicht mehr nur um antisemitische Hege der Nationalsozialisten handelte, sondern daß auch jene rechtsradikalen Kreise dahinter standen, deren Gegensatz zur Bayerischen Volkspartei sich immer mehr verschärfte hatte. Die Polizei hatte bereits 14 Flugblattverteiler verhaftet, die alle Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei waren. Darunter war auch sogar ein Polizeibeamter. Der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wurde in den Nachmittagsstunden wegen des Verdachtes der Organisation eines Rechtsputsches verhaftet.

Das Treiben der Münchener Rechtsvölkischen ist nun allmählich ein derartiges geworden, daß selbst die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sich dagegen wenden. Sie schreiben:

„Es gilt für alle Zukunft derartige Versuche unmöglich zu machen. Vielleicht wird schon bei der Neuformulierung des Programms der Koalitionsparteien Gelegenheit sein, einen scharfen Trennungsschritt gegen jene Kreise zu ziehen.“

Es muß übrigens auch das Gerücht verzeichnet werden, daß sich die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei im Reich veranlaßt gesehen hat,

Ihre bayerischen Parteigenossen zu mahnen.

Während die Blätter der bürgerlichen Mitte die Wahl Verchenfelds wie eine Erlösung aus schwerem Druck begrüßen, nehmen die Organe der neuen Rechtsopposition die Wahl mit der üblichen Schimpfanrede auf. Die „München-Kugsburger Abendzeitung“ sagt:

„Berlin hat einen Sieg errungen. Dasselbe Berlin, das in München Agenten zur Überwachung der bayerischen Behörden bezahlte. Vielleicht ist schon Wirth großmütiger und läßt jetzt über den § 4 mit sich reden.“

Das „Miesbacher Tageblatt“ aber ruft offen zur Trennung vom Reich auf:

„Bauern ist verraten und verkauft, in erster Linie von der Rechtszentrumspartei. Wenn der Volkswille in Norddeutschland kommt, so werden wir mitersticken, wenn wir uns nicht freimachen, vollständig frei vom Zentrum und vom Reich.“

Graf Verchenfeld wird hoffentlich die richtige Festigung mitbringen, mit der er die legalen und illegalen Führer des bayerischen Brandherdes unschädlich machen kann. In diesem Streben wird er sicherlich die bayerischen Sozialdemokraten hinter sich haben. Im übrigen legt die Sozialdemokratische Partei Wert darauf, festzustellen, daß sie nicht den geringsten Schritt zum Eintritt in die bayerische Regierung unternommen hat und daß gegenteilige Behauptungen frei erfinden sind.

Antrag auf Haftentlassung Fischers.

München, 22. September. (II.) Die Unabhängigen haben im Landtag einen Antrag auf sofortige Haftentlassung des zu 1 Jahr und 3 Monaten Festungshaft verurteilten Abgeordneten Fischer-Nürnberg eingebracht. Der Antrag sieht bereits auf der Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung.

München, 22. September. (III.) Der Staatskommissar für München Stadt und Land hat das Verbot der Wochenchrift „Heimatland“ heute aufgehoben.

Ludendorff und Sauerwein.

Herr Ludendorff hat dem Sonderberichterstatter des „Matin“ Sauerwein ein längeres Interview gewährt. Als Dr. Simons als Reichsaussenminister und kürzlich noch Dr. Grabmann Unterredungen einem „Matin“-Berichterstatter gewährt hatten, konnte sich die gesamte deutschnationale Presse nicht lebhaft genug darüber enträsten. Was wird sie nun dazu sagen, daß der Nationalheld sich mit dem Vertreter des Pariser Hefblattes eingelassen hat? Lieber den Inhalt der Unterredung ist nicht viel zu sagen. Ludendorff erklärte einen deutschen Revanchekrieg für in absehbarer Zeit vom technisch-militärischen Standpunkt vollkommen unmöglich. Woju dann der große Rummel der „Frontkämpfertage“ und ähnlichen Scherze, bei denen „auf den Tag“ feierlich-brohend hingewiesen wird? Ludendorff bekennt ferner, irgendeine politische Tätigkeit in Bayern entfaltet zu haben. Das erinnert an die Verlogenheit gewisser von ihm gezeichneten Generalsabenteuer. Er sprach von der Notwendigkeit, daß sich Frankreich, England und Deutschland die Hände reichten, um das Wirtschaftleben auf der Grundlage wirklicher Abmachungen wiederaufzubauen. Auf einmal? Uns scheint Herr Ludendorff reif für die Ängel der Ehrhardt-Gelben, denn bekanntlich macht man in den Freikorps mit den Verrätern kurzen Prozeß. Eine andere Frage ist allerdings, ob wir den neuesten Ludendorffschen Erklärungen auch nur ein Wort glauben.

Veränderung des Landheeres in Amerika. Mit dem gestrigen Tage hat das amerikanische Kriegsgesetz das Herabsetzung der amerikanischen Heeresstärke angeordnet, damit die vom Kongreß bewilligte Gesamtziffer von 150 000 Mann nicht überschritten werde.

Abschiedskonzerte.

Strauß, Vecsey, Hubermann, Ren.

Stunde des Kommens war's. Statt dessen: zum Abschiednehmen fast das rechte Wetter. Auch dies ist ein beachtliches Zeit-symptom, daß die Korporation der Kunst heuer die Saison einleitet, um das Konzert sofort auf einen Gipfel zu führen. Sie ruhen nicht mehr aus, geben mit flackernder Fahne das Signal, lassen für die mittleren und kleinen Musikregimenten ein betrübtes Nach-sinnen und beschwören für kurze Zeit schon die Stimmung des Abscheidens von der Höhe. Beinahe unglück. Aber das waren und sind die Aristokraten der Kunst immer. Wer den großen Ruf (nach Amerika) vernommen, müsse seinen Jubel ein. Wir werden bald nach Künstlern von besonderen Ausmaßen suchen müssen, die vom Wesen deutscher Kunst innerhalb der deutsch-republikanischen Grenzen zu erzählen wissen.

Vorkünftig freuen wir uns des letzten Winkens aller Größen vor dem Abschied. Da steht Richard Strauß, dem die Welt gehört, und der darum ein Heimgast sein muß, die bisher un-meglamste und fruchtbringendste Musikkapazität seit Wagner, bestimmt, deutsches Können und Schaffen am eindringlichsten zu erweisen, wohn immer sein Weg ihn führt. Er legt uns Herz und Sehnsucht zum Abschied frei. Nicht nur Mozart feiert sein liebe-voller Atem, sondern er betruet darüber zwei Werte seiner Jugend und Manneshöhe, die ein Wächterdämon sein führen und doch so viel Funken schillern, ungezählter Geinigkeit aufzulösen lassen, daß der ganze Sinfoniker und Orchestermeister Strauß schlagartig beleuchtet scheint: Burleske und „Zarathustra“. Hier sind die Höhepunkte des ganzen festlichen Konzerts. Wie Elly Ney den koprihären Namen, den Spielereien und Reaktionen dieses Wechsel-spiels zwischen Klavier, Baute und Fanott nachgeht, wie sie die außerordentlichen Schwierigkeiten und Ungezogenheiten einer nur nebenbei von Brahms gestreuten Melodie und Rhythmus eigen-artig herauszaubert, das ist Virtuosität ersten Ranges. Daß sie zu Mozart Fühlung hätte, möchte man ver-nennen. Juviel der kalten Noten, zu nichtig der Ton, zu wenig gesponnen die Kan-tikene. Auch Strauß ist bei der Jupiter-Sinfonie, die ein gar maß-loves Orchester erdrückt, noch nicht Herr seiner Liebe. Kein packen-der Eindruck. Gewaltig aber, wie „Zarathustra“ heute zu uns spricht, wie ihm nach 25 Jahren Auferstehung wird unter der Hand seines Meisters. Was einst radikal Klang, ist jetzt Erlebnislang erpressionistischer Fühlens, was episodisch schien, wird zum folger-richtigen Sinfonischen Aufstieg, wenn auch mit harten textlichen Überforderungen. Ihr hört ein Schicksal und füllt einen hymnischen Aufschwung. Weit ab von Philosophie und Programm schwingt sich ein Künstler zu weiser Höhe. Strauß und seine Philharmoniker hielten uns gefangen und gebannt.

In der Stala, die mehr an Tönen verschlingt als ver-schenkt, und deren Ausmaße dem Solfentium Schranken setzen, wandelt Vecsey den Sonntag zum doppelten Festtag. Was ist ihm der Kampf gegen

eine akustische Ungunst, was die Grobheit eines sochlich guten Or-ches-ters, dem es abgeht, schleierhafter Hintergrund, ehozartes Be-gleitinstrument zu sein! Nicht um eine Nuance ändert er sein Wesen, den Bogendrud, den Respekt vor einem Stil, den Wohlklang des Singens, die effektlose Durcgeisterung, die zwingend und daher schon selbstverständlich und unerhört wird. Seit Jahren an der Spitze aller Orchester, hält er den brennenden Knaup fest. Im Mittelpunkt des Bachschen E-Dur-Konzerts hört ihr hinter dem adigen Fluten des lauten Tons kaum, wie schlecht die vordringlichen Cellisten phrasieren; bei Brahms hat der sehr geschickt taktierende Meyer-Rabon auch widerspenstiges Material fest in der Hand; den-noch bleibt letzte Freude, Geheimnisse eines Stradivarius-Holzes im frei lodenzerendem Spiel bewundern zu können und schließlich nach einem Gelang voller Inbrunst dem Zigeuner laufen zu dürfen. Diesen Abgang möchte man keinem gönnen und keinem die Träne, die da hochsteigt. Noch einmal will Vecsey zum Abschied singen auf der Geige; geht hin und danket ihm, dem Joachim's Ruh auf der Sitrne glüht!

Dasselbe Brahms-Konzert hat ein Hubermann berührt gemacht. Er geht an ihm vorbei, da er es ohne Orchester nicht vor-tragen mag. Warum aber Tschaitowitsch mit Klavierbegleitung? Warum Beethovens läche Salonromanze, warum im großen Saal Schumanns O-Roll-Sonate? Wohin ihr horcht: das letzte an Ge-schmack und Kultur scheint unentwickelt oder zurückgefallen. Wieviel kann auch dieser sinnlich lösende Hegenmeister, wie vieles bleibt den-noch dem Virtuosen uner-schlossen! Paul Trenzler ist, wenn es das überhaupt gibt, ein trefflicher Orchester-führer, sicher ein höchst musi-kalischer Partner. Und wie die beiden sich in dem hartentzogen des langjahren, im Feuer des letzten Schumann-Sahes zusammenfanden, das war schon reife Kunst. Nur eins wollte nicht durchdringen: der Schmerz und die Liebe und die beglückende Träne.

Nebenan zeigt Nicolslaw Münz seine Bereitschaft zum Auf-stieg. Noch ein wenig ohne individuelle Zeichnung, mehr objektiv als persönlich zwingend schreit er Prekude, Arie, Finale César Francks ab. Wo aber so viel Sicherheit im Anschlag, Aug aus-gleichende Empfindung waltet, da ist kein Weg verschlossen. Im Htz-Spiel scheint Offenbarung zu werden, was noch akademisch an der Leistung des jungen Spielers mit Anbacht der Sinne ringt. Eine Hoffnung, eine Jugend, ein Emporkschreiten. Auch Jenny Sonnenberg ist zu begrüßen. Eine feierliche, ausgesprochen schöne Stimme, deren lattes Timbre im Ohr bleibt. Nach nur die Aftikone. Mit viel Geschmack lebt sie sich in russischen Liedern aus und ihr Temperament entzündet sich an italienischer Sonne. Eine feine, wertvolle Polumkraft.

Rurt Singer.

Künstlicher Stickstoff. Zum ersten Male, seit die deutsche chemische Industrie synthetischen Stickstoff in großem Umfange er-zeugt, ist eines der diesem Zwecke dienenden Werke von einer gewal-tigen Explosionskatastrophe betroffen worden, einem Unglück, das an Fürsichtbarkeit alle jemals in Deutschland vorgekommenen Explosionen über-trifft. Die eigentliche Ursache der Katastrophe ist noch nicht ge-klärt. Der in Oppau nach dem Haber'schen Verfahren gewonnene

Ammoniakstickstoff bildet an sich keinen explosiblen Stoff. Bisher sind in den deutschen Stickstoffabriken, weder in Ludwigs-hafen und Oppau, noch in den noch viel größeren, bei Merseburg gelegenen Leuna-Berlin, nennenswerte Betriebsunfälle vorgekommen.

Das Haber'sche Verfahren der synthetischen Ammoniakstickstoff-gewinnung beruht auf dem Prinzip der unmittelbaren Vereinigung von Stickstoff und Wasserstoff. Diese Vereinigung ist nur unter sehr hohem Druck und bei außerordentlich hohen Temperaturen möglich. Das Gasgemenge von Stickstoff und Wasserstoff wird auf einen Druck von 150 bis 250 Atmosphären gebracht und in Umlauf ver-setzt. Bei dem Umlauf passiert das Gasgemisch eine Kammer, in der ein Bruchteil von mehreren Prozenten Ammoniak vererdnet wird, und eine Wochvorrichtung, die das entstehende Ammoniak entfernt. Hin-ter der Wochvorrichtung geht der Gasstrom nach Zuführung neuer Mengen der Gasmit-telung wieder in die Umlaufkammer zurück. Der Vorgang er-zeuft sich in der Umlaufkammer selbst die Temperatur von unge-fähr 500-600 Grad Celsius, deren er bedarf. Das aus der Umlaufkammer abgehende Gas teilt diese Temperatur dem zutreten-den Gas mit, so daß eine äußere Wärmezufuhr nicht in Betracht kommt. Aus dem Ammoniakwasser er-gäl man das schwefelsaure Ammoniak in besonders einfacher Weise. Man braucht es dann nur einzudampfen, um es handelsfertig zu machen. Hoher gelang es, den Prozeß der Vereinigung von Stickstoff und Wasserstoff dadurch zu beschleunigen, daß er mit sogenannten Katalysatoren arbeitete, d. h. das Gemisch über fein verteilte Metalle gehen ließ.

Der gewaltige Umfang der synthetischen Stickstoffherzeugung, die ihren größten Impuls durch den Krieg, zur Erzeugung von Spreng-stoffen, erhalten hat, macht heute die Einfuhr von Chilisalpeter, von dem im Jahre 1918 fast 800 000 Tonnen nach Deutschland verschifft wurden, völlig überflüssig. Von der ausreichenden Stickstoffdüngung des Bodens hängt das Gedeihen der gesamten Landwirtschaft ab, deren Bedarf an künstlichen Düngemitteln nach dem in den Kriegs-jahren betriebenen Raubbau heute besonders groß ist. Es erfüllt die Industrie der synthetischen Stickstoffherzeugung eine höchst be-deut-same volkswirtschaftliche Aufgabe. Der Rohstoff wird kris in jeder Menge und völlig kostenlos vorhanden sein; denn unsere Atmosphäre besteht zu 80 Prozent aus Stickstoff, und die Stickstoffmenge der Luft über einem einzigen Quadratkilometer der Erdoberfläche würde aus-reichen, um den gesamten Weltbedarf auf Jahrzehnte zu decken.

Kraus Volkstheater. „Der Scharf nach Kus“ oder „Das kumme Frauengemmer“, die am Sonnabend, den 21., zur ersten Aufführung gelangene Komödie ist eine freie Bearbeitung der „Epicaene“ des Ben Jonson von Benedikt Lachmann.

Ein großer Miercrumfund in Schlef-wig-Golstein. Der größte vorer-schickliche Fund, der in Schlef-wig-Golstein seit der berühmten Wadmer Ausgrabung von 1808 gemacht worden ist, wurde auf einem kleinen Moor auf Wlen zutage gefördert. Zu Hunderten lagen hier Eisen-bleche aus der Völkermittelzeit; ferner wurde eine große Anzahl eiserner Speer- und Pfeilspitzen, eiserne Äxte und verschiedene Holzgeräte. Wie in Niederösterreich, mitteilt man, werden die Funde desto reichhaltiger und wertvoller, je weiter man gräbt. So kamen mehrere Holzgähne zum Vorschein sowie Teile eines großen Bootes.

Der Parteitag in Görlitz.

Vierter Verhandlungstag, Vormittagsitzung.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Görlitz, den 22. September 1921.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Die Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion

wird fortgesetzt.

Jean-Chemnitz fordert erhöhte Aufmerksamkeit für die Lage der Schulentlassenen Jugend. Er äußert Bedenken gegen Einzelheiten der Schlichtungsordnung.

Pikart-Koblenz lenkt das Interesse der Fraktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Nöte des besetzten Gebietes. Trotz der Kooperationspolitik sieht in der Koblenzer Regierung kein einziger Sozialdemokrat, und das Schuldezernat liegt in den Händen des Abg. Heß, der die Revolution als das größte Übel der Zeit bezeichnet hat. (Hört! hört!)

Görlitzer-Klein: Die Gemeinden tranken heute am Staat, der ihnen alle Steuerquellen fortnimmt. Neben Kriegs- und Revolutionsgewinnern gibt es als dritte Gruppe die Besatzungs-gewinnler, die sich nicht nur die direkten Schäden, sondern auch den entgangenen Gewinn vom Reiche entschädigen lassen und daran Millionen verdienen.

Hirder-Hagen: Hoch hat uns gesagt, wie wir an die Sachwerte herankommen. Weder bei der jetzigen noch bei einer künftigen Koalition ist im Reichstage eine Mehrheit dafür vorhanden. Auch Neuwahlen würden nicht zum Ziele führen. Wir verlangen einen Volksentscheid über diese Frage.

Gernik-Magdeburg fordert Aufhebung der Güterbezirke, die Selbstbewirtschaftung der Domänen und die Förderung der Baugewerkschaften auch auf dem Lande.

Eduard Bernstein:

Zwei Fragen nehmen unser ganzes Interesse in Anspruch: Die Beseitigung des Fehlbetrages im Etat und die Hebung der Valuta. Beides hängt miteinander zusammen. Doch so hohe Verbrauchssteuern führen nicht zum Ziel. Auch bei der Besitzsteuer gibt es Grenzen, wo sie volkswirtschaftlich schädlich wirkt. Es bleibt uns nur die Erfassung der Sachwerte.

Je länger man sie hinauschiebt, desto schlechter werden die Bedingungen ihrer Einföhrung sein. Diese Erfassung ist nicht nur die einzig mögliche Maßnahme im Interesse der Allgemeinheit, sondern sie ist auch für die Kapitalisten die billigste Maßnahme, denn wenn sie nicht ergriffen wird, kann es ihnen eines Tages noch anders gehen. Wir müssen durchgreifende Maßnahmen ergreifen, denn jede weitere Verschlechterung der Valuta wirkt wie eine Steuer zugunsten der Besitzer der Sachwerte und zugunsten der Masse der Verbraucher. Zugleich wird die dann einsetzende Besserung der Valuta auch zu einer Förderung der internationalen Beziehungen dienen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält:

Referent Gustav Hoch:

Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgende Interpellation einzubringen:

Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Unglücks in Ludwigshafen

sofort Maßnahmen zu treffen, um 1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann; 2. den Geschädigten ohne jeden Verzug aus öffentlichen Mitteln die erste Hilfe zu leisten? (Beifall.)

Während des Krieges sind die Arbeiterchutzmaßnahmen im höchsten Grade vernachlässigt worden. Trotz unseres ständigen Drängens sind die Zustände auch jetzt durchaus unbefriedigend. Die furchtbare Katastrophe in Oppau muß der Arbeit für Aufbau und Bereinigung der Sozialversicherung einen neuen Antrieb geben. Der Referent dankt dann für die Fülle von Anregungen in der Debatte und in den Anträgen. Die Fraktion habe ihre Arbeit so systematisch geordnet, daß alle diese Anregungen gewissenhaft bearbeitet würden. Aber natürlich könne man nicht alle beliebigen Fragen zugleich in Angriff nehmen. Ein Antrag fordert die Ablehnung aller Mittel für die jetzige Reichswehr und Flotte. Die meisten Bestimmungen für beide habe die Fraktion lebhaft bekämpft. Aber da man ohne bewaffnete Macht nicht auskomme, könne man nicht prinzipiell die Mittel verweigern. Einige andere Anträge enthielten Vorwürfe gegen die Fraktion oder die Minister der Partei. Es sei tief bedauerlich, daß einzelne Genossen und Organisationen blindlings übernehmen, was Feinde der Partei unseren Ministern nachsagen. Unsere Genossen in der Regierung hätten eine überaus schwierige Stellung. Alle Genossen seien mit ihnen unzufrieden und sie selbst mit sich am meisten. Aber das sei

nicht Schuld der Personen.

sondern liegt an den ungeheuren sachlichen Schwierigkeiten. Es sei das gute Recht jeder Organisation, Rede und Antwort zu verlangen; aber es sei mit der Pflicht eines Parteigenossen nicht vereinbar, ohne sorgfältigste Information und Prüfung Vorwürfe gegen die Partei und ihre höchsten Vertrauensmänner zu übernehmen. Auf die

Beamtenfragen

habe die Fraktion einen großen Teil ihrer besten Kraft und Zeit verwendet. Sie habe bedauert, daß das Sprergesetz vor der Besoldungsordnung verabschiedet wurde. Sie halte bei der jetzigen Teuerung die Klassenstellung für Anstän. (Sehr wahr!) Einige Genossen haben aus meinem Referat Hoffnungslosigkeit herausgehört wollen. Das ist ganz falsch. Ich habe nur angenommen, daß Sie alle eben so fest vom Siege des Sozialismus überzeugt sind wie ich und ich wollte in diesem Kreise nichts Selbstverleumdendes wiederholen. Wer an den Sozialismus glaubt, erlebt ihn heute schon alltäglich. Trotz Elend und Druck spüren wir überall die Keime des Sozialismus, trotz aller Winterfälle spüren wir den Völkerruf nach Vorne. Es kommt die neue Zeit, es kommt der Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Reil (Schlußwort):

Die Steuerdebatte war nicht sehr fruchtbar. Die Parteigenossenschaft als Ganzes hat die Steuerfrage nicht gründlich genug studiert. Auch der Antrag Koeb scheint mir wenig zu geben, er leidet an Ueberehrungen und mangelndem Verantwortungsfelbstgefühl, während meine Resolution sorgfältig abgewogen ist. Wenn wir in die Steuerresolution hineinschreiben, daß die schwebende Schuld fundiert werden soll, so sehen wir aus dem Munde der Sachverständigen aus. In sich wäre diese Konvertierung natürlich erwünscht, aber sie ist keine grundsätzliche Voraussetzung der Sanierung unserer Reichsfinanzen und vor allem auf mindestens ein Menschenalter vollständig unmöglich. Wie sollen wir denn heute 235 Milliarden feste Anleihen unterbringen? Kein Finanzminister könnte das durchführen. (Laut von Koeb: Aber deshalb können wir es doch verlangen! — Große Heiterkeit.) Die schwebende Schuld erfordert nur einen etwas höheren Zinssatz und zwingt die Finanzverwaltung, von der Hand in den Mund zu leben; aber das können wir eben jetzt nicht ändern. Von der Herabsetzung der Unablosbarkeit der Reichsanleihe an den Sachwerten bitte ich Sie unbedingt abzusagen. Das Reich muß die gesetzliche Verfügungsgewalt darüber haben, aber wie es verfügen will, darüber ist sich heute weder die Öffentlichkeit, noch die Regierung, noch die Interessentenschaft klar. Bei der Finanzprüfung der Sachvermögen der Landwirtschaft ist die Unablosbarkeit technisch und finanziell undurchführbar. Auch von dem Reichskommissar gegen Steuerhinter-

ziehung verspreche ich mir nichts. Wir haben genug Behörden und wir haben

genug schlechte Erfahrungen mit Reichskommissaren

gemacht. Die Prüfungsstelle des Reichsfinanzministeriums muß den Kampf gegen die Steuerhinterziehungen führen. Endlich verlangt Genosse Koeb gesetzliche Vorschriften dagegen, daß die Steuern abgemindert werden. Mit welchem Zauber mittel will er das verhindern? Das hängt doch von den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen, z. B. von der Spannung zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen ab. Wir sind alle entschlossen, soweit es irgend möglich ist, den Besitz zur Deckung des Reichsbedarfs heranzuziehen, aber durch zu weitgehende Festlegung der Fraktion würden die Erreichung dieses Zieles nicht fördern. Die Fraktion wird mit allen Kräften dafür arbeiten, die deutsche Arbeiterklasse lebens- und erziehnungsfähig zu erhalten. Damit leistet sie zugleich der deutschen Volkswirtschaft den besten Dienst. (Lebhafter Beifall.)

Nach den Schlußworten von Hoch und Reil wurde über die zahlreichen vorliegenden Anträge abgestimmt, über die durchweg nach den Vorschlägen der Referenten entschieden wurde. So wurden insbesondere angenommen: Die Resolution Reil zur Finanzfrage, die Resolution Radbruch zur Justizfrage, die Resolution Georg Schmidt zur Teuerungssfrage und die Anfrage Hollmann zur Schulfrage.

Groß-Berlin

Die Bauzaun-Annonce.

Diese Annonce stand mit vielen ihresgleichen in der Nähe der Hasenheide auf einem Bauzaun. Sie hatte eine Menge Interessenten der verschiedensten Jahrgänge. Auf dem Bauzaun hatten sich die Leute zunächst mit weißer und blauer Kreide von ihrem Ueberfluß Kunde gegeben.

Der eine wollte ein überzähliges Koninchen vertauschen, der andere einen schwarzen „Hühnerhahn“ — nicht etwa einen Wasserhahn — verkaufen. Dann folgten andere Schläue und boten Badewannen, alte Kleider, Feueröfene, Bretter, einzelne Möbelfstücke an, und wieder andere klebten, das Ankreiden war zwar das einfachste Verfahren, es ist indessen unter der Witterung, mehr oder weniger weiche Zettel an, auf denen mit Bleistift, Tinte und Tusche, hin und wieder realistisch illustriert, auch größere Geschäfte vorgeschlagen wurden: Ankauf einer Drehrulle, einer Harzer Kollerzucht, Tausch von Porzellan, Kinderwagen, Pianinos, ganze Einrichtungen usw. Die Gegenstücke war auch nicht faul, daß klebten Zettel mit Anfragen. Volle Adressen wurden genannt, manchmal auch nur Straße, Hausnummer und Stodwerk, rechts oder links. Da wurden, immer dieselben Dinge des täglichen Lebens gesucht, gestelbt bis zu einem Plättchengeschäft, künstlichen Gebissen mit Goldplomben. Aber das gehört eigentlich schon nicht mehr in das Bereich der billigen Annonce, nein, das gehört in ein ganz anderes Kapitel. Solche Inserate sollten wirklich nicht aufgenommen werden, sie wirken direkt unmoralisch zwischen dem Angebot von jungen Ragen (nur in gute Hände abzugeben), alten Plättchen, gebrauchten Kinderwagen, denn diese Gebissinsetzer und ähnliche ihrer Art haben nichts, aber auch gar nichts mit diesen einfachen Dingen des Alltags der Not und des Herzens (siehe junge Ragen) zu tun.

Hinter den künstlichen Gebissen lauert das Kapital, nicht das Meie, nicht das armselige Händlertum, nein, das große, struppellose, das breitet seine Saugarme aus bis an die düstige Bretterwand im Proletariatsviertel, wo die Nähmaschine der kleinen Schneiderin, die Hühner des Bauernknechts, die dürftigen Hofstallgärten des kleinen Mannes zum Kauf, Verkauf und Tausch angeboten werden. Und ganz bestimmt wird die Gebissannonce sich rentabel gestalten als die Inserate: Gebrauchter Kinderwagen... Alte Geige... Junge Ragen...

Die Mordorganisation einer Frau.

Der Raubmord an den Kunsthändler Reisser.

Als Mörder des im Juni v. J. ermordeten Kunst- und Teppichhändlers Reisser aus der Steglitzer Straße 23 wurden, wie wir berichteten, die beiden Einbrecher Gustav Passarge und Heinrich Selzer sowie eine Frau Helene Spanier festgenommen, nachdem es der Kriminalpolizei gelungen war, das in erster Linie gegen Passarge vorliegende Belastungsmaterial so zu verdichten, daß dieser in der gestrigen Nacht noch ein Geständnis ablegte. Hiernach fand die Vermutung der Kriminalpolizei, daß Passarge das Verbrechen mit seinem Spießgesellen Heinrich Selzer auf Anstiften der ihr schon viele Jahre bekannten Frau Spanier ausgeführt hat, seine Bestätigung.

Das Geständnis Passarges ging noch weiter. Nach seiner Aussage hat Frau Spanier bei dem Kapitalverbrechen auch tätlich mitgewirkt. Nachdem sie gestern unter erschwerten Umständen aus ihrer Wohnung in der Gungelstraße heraus verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht worden war, wurde sie gestern abend verhört. Frau Spanier spielte auch hier wie in allen früheren Kriminalfällen, in denen sie schon verwickelt gewesen war, die Entrüstete. Sie bestritt jedes Mitschuld und wollte weder Passarge noch Selzer kennen. Jene, die das Gegenteil bezeugten, nannte sie Lügner und Verleumder. Zu einer aufregenden Szene kam es dann bei der Gegenüberstellung des geständigen Passarge mit Frau Spanier. Passarge blieb auch in ihrer Gegenwart bei seiner Aussage. Diese verließ die Frau Spanier in eine solche Aufregung, daß sie ausbrach und sich in den wüstensten Beschimpfungen gegen Passarge erging. Nach den Erfahrungen, die die Kriminalpolizei bisher mit dieser Frau gemacht hat, war dieses Verhalten zu erwarten. Aber es ist ebenso sicher, daß sie trotz ihres Zeugens die Liebschreiberin bei dem Verbrechen war. Denn trotz aller Ableugnungen ist Frau Spanier eine Verbrecherin, wie es in Berlin kaum eine zweite gibt. Ganz abgesehen von ihren Schiebergeschäften, hatte sie seit Jahren dauernd Verbindung mit der Verbrecherwelt. Bei Hochstapeleien und Einbrüchen spielte man wiederholt ihre Hand, ohne daß es möglich war, sie zu fassen. In anderen Fällen konnte sie überführt werden, aber sie blieb wegen angeblicher Herzkrankheit bis jetzt gegen Stellung einer Bürgschaft auf freiem Fuß. Es ist u. a. festzustellen, daß sie, wie wir seinerzeit berichteten, einen Angehörigen einer Reichsstelle zu einer Unterschlagung von 100 000 Mark verleitete.

Die weiteren Untersuchungen dürften bald näheres über diesen seltenen Typ einer verbrecherischen Frauennatur ergeben.

Nicht fristgerecht!

Alle in der ersten Sitzung der einstmaligen Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 4. August gefassten Beschlüsse müssen noch einmütig von den Gemeindebehörden bestätigt werden, weil sie nach Ansicht der Aufsichtsbehörde nicht fristgerecht gefasst worden sind, d. h. aus formellen Gründen angefochten werden können. Die bekannte Verordnung vom 30. Juli 1921 zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin ist am 1. August d. J. veröffentlicht und hat mithin erst am 2. August d. J. Kraft erlangt. Nach den Vorschriften der Städteordnung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung müssen aber die Frister bezüglich der Einberufung der Stadtverordneten, Einberufung der Versammlung usw. gewahrt werden. Zur Vermeidung von Einprüchen ist nun beschlossen worden, sämt-

liche Beschlüsse seiner Sitzung nochmals am nächsten Dienstag, den 26. d. M., eine Lesung passieren zu lassen, um allen Bedenken entgegen zu können.

Allgemeiner Maulkorbzwang für Groß-Berlin.

Der Maulkorbzwang für Hunde, der im alten Landespolizeibezirk Berlin schon bestand und durch verschiedene Verordnungen auch in den meisten früheren Vororten eingeführt war, ist durch Verordnung des Polizeipräsidenten nunmehr auf den ganzen Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin ausgedehnt worden. Der Maulkorb muß so eingerichtet und befestigt sein, daß er das Beißen unmöglich macht. Blindenführerhunde und Polizeihunde im Dienst sind vom Maulkorbzwang befreit. Hunde, die ohne vorläufigen Maulkorb umherlaufen, werden von den polizeilich bestellten Hundefangbrigaden weggefangen und sind wie bisher vom Besitzer gegen Erlegung des Fanggebühres und der Futterkosten auszulösen; andernfalls können sie getötet werden. Das Fanggeld ist jetzt auf 7 M. festgesetzt. Das Führen an der Leine befreit nicht vom Maulkorbzwang.

Die Fangbeamten genießen auf Grund ihrer polizeilichen Befähigung den erhöhten strafrechtlichen Schutz der Beamten. Sie weisen sich durch ihr Dienstkleid und auf Erfordern durch Vorzeigung ihres polizeilichen Ausweises aus. Die Beamten haben das Recht, auch solche Hunde, die ohne Steuerkarte und ohne Kennzeichnung mit Namen und Adresse des Besitzers betroffen werden, aufzugreifen. Die Hunde werden im Tierhort des Tierchutzvereins in Berlin O. 27, Schilderstr. 4, Fernruf Königsplatz 2216, bzw. im Hundehof des Beamten Marschall in Neukölln, Straße 55, Fernruf Neukölln 4249, untergebracht.

Sonderzüge zu den Automobilrennen.

Ueber die anlässlich der Automobilrennen auf der neuen Versuchsbahn im Grunewald getroffenen Eisenbahnmahnahmen werden von der Eisenbahndirektion Berlin folgende Einzelheiten mitgeteilt: An beiden Tagen, am Sonnabend, den 24., wie auch am Sonntag, den 25. September, hat die Eisenbahndirektion zur Bewältigung des Verkehrs umfangreiche Maßnahmen getroffen. Für den Hin- und Rückverkehr stehen in der Zeit zwischen 8 Uhr und 11 30 Uhr vormittags und für den Rückverkehr in der Zeit zwischen 4 und 8 Uhr nachmittags am Sonnabend (24.) zwischen der Stadtbahn und Nikolassee, auf der Ringbahn zwischen Westend und Schöneberg und auf der Wannseebahn, zahlreiche Züge zur Verfügung, die sich auf den einzelnen Strecken zu einem zehnminutenverkehr ergänzen. Am Sonntag, den 25. d. M. wird zwischen der Stadtbahn und Bahnhof Nikolassee ein fünfminutenverkehr eingerichtet, und zwar für Hin- und Rückfahrt zu den gleichen Zeiten wie am Sonnabend. Auf der Ringbahn werden die Züge in Abständen von 10 Minuten verkehren. Zu diesem verstärkten Ringbahnverkehr tritt am Sonntag noch ein halbstündlicher Verkehr von direkten Zügen nach dem Bahnhof Grunewald, und zwar vom Nord- wie auch vom Südring. Auf der Wannseebahn ist vormittags 10- und nachmittags 7 1/2-Minuten-Jugfolge nach und von Nikolassee eingerichtet. In der Zwischenzeit (von 11.20 bis 4 Uhr) ist die Zugfolge ebenfalls vermehrt. Außerdem werden an beiden Tagen noch Reserverzüge zur Verdichtung der Zugabstände bereitgestellt.

Finanznöte in Potsdam.

Die Finanzen der Stadt Potsdam sind ungemein schlecht und den Bürgern der Stadt Potsdam stehen dadurch allerlei Ueberforderungen bevor. Mit der Einziehung der Behörstellen ist man gerade im Gange, von 1 Uhr nachts ab soll die Straßenbeleuchtung abgestellt und dafür dauernder Hellmond einestelt werden. Auch der Berufsfeuerwehr geht man an den Kragen und die Bürgerchaft soll selbst wieder zum Spritzenausgleich greifen. Das Reinigen der Bürgersteige soll wieder vom Hausbesitzer selbst besorgt werden. Mit den Siebungsarbeiten ist halt gemacht worden. Der großen Finanznot entsprechend sollen auch die Gehälter der beiden Bürgermeister gekürzt werden. Eine besondere Erwerbquelle verspricht man sich daraus, daß nun Eintrittsgelder für die Gärten Sanssouci, Neuer Garten und Neubabelsberg von den Fremden erhoben werden sollen.

Die Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, der größten Deutschlands, welcher rund 500 000 Mitglieder angehören, finden für die Arbeiter am 23. Oktober und für die Arbeitnehmer am 29. Oktober d. J. statt. Am Mittwoch, den 14. d. M., tagte das Komitee für die Krankenkassenwahlen der Arbeitgeber zur Aufstellung der Kandidaten. Es wird aller Voraussicht nach nur eine Liste aufgestellt werden.

Ein neuer Uebersee-Äffe im Zoo. Im Affenhaus des Zoologischen Gartens ist ein Mohren-Nakat aus Celebes als Geschenk der Herren Bröttel u. Co. in Soerabaya auf Java, altordnender Öhmer unseres Zoo, angekommen, der einen erfreulichen Beweis dafür liefert, daß unsere überseeischen Landleute sofort wieder anfangen, den Zoologischen Garten unserer Reichshauptstadt wertvoll zu unterstützen, sobald dies nur möglich ist. Der Äffe ist an sich auch hochinteressant, da er schwarz und ohne Schwanz ist, so daß er wie ein kleiner Waldbock aussieht.

Zu den psychologischen Prüfungen gutbefähigter Kinder der Groß-Berliner Gemeindeschulen, die in den letzten Wochen zum achten Male stattgefunden haben, waren diesmal 187 Knaben und 187 Mädchen angemeldet. Diese Zahlen stellen einen Rekord dar und beweisen, wie sehr die für den Aufstieg der Begabten getroffenen Einrichtungen einem Bedürfnis entsprechen. Nicht nur die Altberliner Bezirke, sondern auch die Vororte waren bei den Nennungen stark beteiligt. In die Reihen der Aufgenommenen wurden auf Grund der Prüfungsergebnisse 70 Knaben und 130 Mädchen. Das Mißverhältnis zwischen den beiden Geschlechtern erklärt sich daraus, daß für die Mädchen besondere Klassen in sechs Mittelschulen zur Verfügung stehen, während für die Knaben nur zwei Anstalten mit beschränkten Wohnverhältnissen (Königliches Gymnasium und Koepf-Realgymnasium) vorhanden sind. Die Organisation des Förderunterrichts verläuft und verläuft also noch einen weiteren Ausbau, und es ist zu hoffen, daß diese Fragen bei den im Herbst bevorstehenden Beratungen über die Neugestaltung der Berliner Schulverhältnisse die gebührende Berücksichtigung finden werden.

Eine Jugendreihe findet in Pankow am Sonntag, den 25. d. M., in der Aula des Jugendums um 10 Uhr vormittags statt. Parteigenossen und Freunde der SPD. werden um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.

Eine Wanderausgabe der Kriegsbilder veranstaltet der Internationale Bund der Kriegsofizer und der Reichsbund der Kriegskolonnen. Kriegsteilnehmer und Kriegsdienstverweigerer am Sonntag, 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Schulstraße, früher Unionstrasse, Halendstraße 22/21. Thema: Die gegenwärtige Tenierung und die Kriegsofizer.

Das vereinigste jüdische Arbeiter-Hilfskomitee für die Lungenkranke in Sowjetrußland, in dem alle Richtungen der jüdischen Arbeiterchaft vertreten sind, veranstaltet Freitag, 23. September, 8 Uhr abends, in den „Ephraimäen“ (Weiser Saal), Ephraimstr. 17/18, ein öffentliches, jüdisches Arbeitermeeting. Thema: Die proletarische Hilfsaktion für die hungernden Arbeiter und Bauern in Rußland.

Lesung. Für die 100 jährige Frau Bräutigam sind eingeladen: Frau Dobner, Oranienstraße 24 M.; F. B. 6 M.; Kapitänleutnant L. Sahl, Berlin 10 M.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bienenlich mild, bei mäßigen Abwechslungen Winden und bei veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitsgemeinschaft Müller.

Der „Verein ehemaliger Balkenkämpfer“ in Berlin W. 62, Kaldreuthstr. 16, unterhält unter der harnlosen Firma „Arbeitsgemeinschaft Müller“ ein Werkbureau als Arbeitsnachweis. Die „Nützlichkeit“ dieser „Arbeitsgemeinschaft“ ergibt sich daraus, daß sie Leute in Landarbeit vermittelt, die die Landarbeit hauptsächlich als Vorarbeit zu wohlorganisiertem systematischer Streikbrecherarbeit auf dem Lande betreiben sollen, während diese „nützliche“ Tätigkeit wiederum nur als Übung zu dem höheren Zweck des Sturzes der Republik gedacht ist. Den Arbeitssuchenden wird folgendes Formular zur Unterschrift vorgelegt:

Nr. ...

Verpflichtung.

Die Bedingungen für den Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft Müller:

Treu-deutsche Gesinnung, Arbeitslust, anständiges Verhalten gegen Arbeitgeber und Kameraden, unbedingte Unterordnung unter Trupp-Gruppenführer und Gemeindeführer, Unterbringung bei Bauern oder auf Gütern, vierwöchige Probezeit, Tagelohn bei freier Verpflegung und Unterkunft 8 M., Monatsbeitrag an die AG 8 M., Bestreitung der Reise auf eigene Kosten bzw. Rückzahlung der Voranschlagsgebühren bei der ersten Lohnzahlung, bei Entlassung Rückfahrt auf eigene Kosten, und mir bekannt. Ich verpflichte mich, bei meinem Eintritt diese Bedingungen innezuhalten.

den 192... Unterschrift:

Wer nicht im Besitz der nötigen Kleidungsstücke ist, muß sich damit einverstanden erklären, daß ihm zunächst nur ein Taschengeld von höchstens 20 M. ausgezahlt wird. Weiter muß sich der Angekommene verpflichten, auf eigene Kosten nach Balendorf (von Balendorf 6 Kilometer Landstraße nach Roggow) zu fahren.

Den Bauern, die mit solchen Heidenjungen beglückt werden, ist natürlich mit der „treu-deutschen“ Gesinnung allein nicht gedient. Sie wollen für ihre Verpflegung, Unterkunft und die acht Mark Tagelohn auch „willige“ Arbeitskräfte haben.

Welche Erfahrungen sie jedoch in dieser Beziehung mit den abenteuerlustigen Loggieben gemacht haben, die sich als Streikbrecher gegen die Landarbeiter und als Handlanger der Reaktion gegen die Republik gebrauchen lassen — abgesehen von den seltenen Fällen etwa, in denen die Rot der Arbeitslosigkeit den einen oder anderen dazu bestimmt haben mochte, in die „Arbeitsgemeinschaft Müller“ einzutreten —, das dürfte sich deutlich genug aus der folgenden Frage ergeben, mit der sich der Kreisarbeitsnachweis Dramburg an das Pommerische Landesarbeitsamt in Stettin gewandt hat:

Kreisarbeitsnachweis Dramburg, den 18. Juli 1921.

an das Pommerische Landesarbeitsamt, Stettin.

Zum dortigen Schreiben vom 18. vorigen Monats.

— Br. B. Nr. 3354 L. A. 1. —
In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, wo großstädtische Erwerbslose, zum Teil Berliner, von dem „Verein ehemaliger Balkenkämpfer“ in Berlin W. 62, Kaldreuthstr. 16, auf Arbeitsstellen im hiesigen Kreise geschickt, beim Kreisarbeitsnachweis vorgeführt, abgesehen davon, daß diese Leute weder Lust zur Landarbeit haben, noch dazu fähig sind, erscheinen sie in einem derartig zerlumpten und veräulerten

Zustande, daß Arbeitgeber, welche unmittelbar im Bureau mit diesen Leuten zusammentreffen, von vornherein auf solche Kräfte verzichten.

Wir bitten ergebenst, die „Vereinigung“ auf diese Zustände aufmerksam zu machen.

Die „Vereinigung der ehemaligen Balkenkämpfer“ bzw. die „Arbeitsgemeinschaft Müller“ wird an diesen Zuständen wenig ändern können. Die Bismard gestehen mußte, daß anständige Leute nicht für ihn schreiben, so müssen auch sie gestehen, daß anständige Arbeiter nicht für sie arbeiten. Es bleibt wohl nur der Trost der Vermittlungsprovision, die die Arbeitgeber wahrscheinlich in jedem Falle zu zahlen haben.

Uns scheint, als läge es denn doch nicht ganz außerhalb des öffentlichen Interesses, sich solche „Arbeitsnachweise“ etwas näher anzusehen und ihnen mit möglicher Beschleunigung das Handwerk zu legen. Einmal verstehen sie von der Arbeitsvermittlung nichts — wie das vorstehende Schreiben zeigt —, weiter aber ist es ihnen überhaupt nicht um die Arbeitsvermittlung zu tun, sondern um die Refraktierung von Rapp-Lüttich-Garden, die in den ländlichen Schlupfwinkeln samt der nötigen Munition bereit gehalten werden. Es ist wirklich an der Zeit, all diesen „Ehemaligen“ scharfer auf die Finger zu legen.

Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Die am 12. September abgebrochenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt, Gruppe Elbe, wurden am 21. September fortgesetzt. Die Unternehmer erklärten nach längerer Verhandlung sich bereit, den Lohn ab 3. Oktober um 65 resp. 70 M. pro Woche zu erhöhen.

Der Wochenlohn beträgt ab 3. Oktober: für Kapitäne 340 M., für Dampfseilerleute 330, für Kahnseilerleute 330, für Deckleute 310, für Maschinenisten 340 und für Heizer 310 M.

Vom 12. September bis 2. Oktober soll eine Feuerungszulage von 40 M. pro Woche zu den Tariflöhnen gezahlt werden.

Die Arbeitnehmer werden in Mitglieder-versammlungen zu dem Resultat Stellung nehmen und bis zum 29. September dem Arbeitgeberverband die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung mitteilen.

Streik der Seiler in Breslau.

Infolge Lohn Differenzen haben sämtliche Seilergesellen Breslaus bei den Firmen Kischube u. Döring, Karl Rudolph, Julius Friedmann, Rudolf Wirus und Alexander Gottwald die Arbeit eingestellt. Zugang der Seilergesellen ist strengstens fern zu halten. — Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden gebeten, diese Notiz zu übernehmen. Die Streikleitung.

Der Wiener Eisenbahnerstreik beendet.

Wien, 22. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der seit einigen Tagen geführte Streik der Eisenbahner auf dem West-, Ost- und Südbahnhof, der den Verkehr auf diesen wichtigen Bahnhöfen stillgelegt hätte, ist mit vollem Erfolg für die Arbeiter und Angestellten beendet. In den Verhandlungen hat die Regierung zugesagt, die Feuerungsbeihilfe von 4500 Kronen für den Monat September auszusprechen und zwar an alle diejenigen, welche die Arbeit sofort wieder aufnehmen und natürlich auch an die, die die Arbeit nicht erst niedergelegt hatten. Die Organisation der Eisenbahner fordert zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf und auch der sozialdemokratische Parteivorstand führt in einem Aufruf aus, daß die Fortführung des Streiks nicht im Interesse der gesamten Arbeiterschaft läge; für die Arbeiterschaft sei es besonders wichtig, über das Verkehrswesen als eines der wichtigsten Wirtschaftsmittel zu verfügen, und den Verkehr in der jetzigen gefährlichen Situation Deutschösterreichs aufrechtzuerhalten, sei ein leb-

haftes Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die Eisenbahner mögen sich nicht durch Fortsetzung des Streiks zu einem Werkzeug der Reaktion herabwürdigen lassen.

Der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter hatte in Berlin 4 große Versammlungen mit dem Thema: „Brauchen wir Frauen Rechte?“ angefündigt. Schon die erste Versammlung war ein gut bürgerlich-gelegener Reifall. Es waren — hoch gezählt — etwa 40 Personen anwesend. Entgegen der sonstigen Gepflogenheit (der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter hält allgemein nur Mitglieder-versammlungen ab) hatte man den Versuch unternommen, an die breiteste Öffentlichkeit heranzutreten. Aber die Verbandsleitung mußte wohl von vornherein auf einen großen Zustrom gerechnet haben, denn die „große Versammlung“ fand in einem Vereinszimmer statt.

Die neue Vorsitzende las im vertrautesten Kreise ihren „Vortrag“, der den geistigen Tiefen der Verbandsflugblätter voll und ganz entsprach, ab. Die Ausführungen Fr. Müllers plätscherten sanft dahin. Da die Betreuer der Betreuen ganz unter sich waren, kam eine Diskussion natürlich nicht zustande. Es soll naive Gemüter gegeben haben, die erwarteten, daß eine Vertreterin des Zentralverbandes der Angestellten diesem Zirkeln in seiner geistigen Armut helfend beibringen würde. Doch es lohnte wirklich nicht der Mühe. Wenn sie, so galt hier das bekannte Wort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.“

Achtung! Zimmerer! Hiermit allen Funktionären des Zentralverbandes zur Nachricht, daß morgen abend 6 1/2 Uhr eine Sitzung im Gewerkschaftshaus, Saal 10, stattfindet. Erschienen ist Pflicht. Der Vorstand.

Aus Nordfrankreich melden die Pariser Morgenblätter, daß der Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Roubaix und Tourcoing den streikenden Arbeitern mitgeteilt hat, ihre Löhne würden in derselben Weise wie die der Textilarbeiter, mit denen sie gemeinsame Sache gemacht haben, herabgesetzt werden. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Arbeiter durch diesen Streik den gegenwärtig geltenden Arbeitsvertrag gelündigt haben.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Wast, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Graf. von Warts-Puchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Druck: Nr. 2.

Gewinn-Auszug

18. Breuß.-Länd. (244. Breuß.) Klassen-Postkarte

4. Klasse 2. Ziehungsstag 21. September 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Cine Gewinn.	Kochbuch verbotten.
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
2 zu 40000 M 155401	
6 zu 10000 M 331 167803 201483	
4 zu 5000 M 195637 204232	
14 zu 3000 M 28324 76136 113951 158833 254758 282434 388093	
18 zu 1000 M 6470 12707 100270 116099 106306 178820 245274 275818 284068	
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
2 zu 100000 M 50099	
2 zu 30000 M 219018	
3 zu 10000 M 33004	
4 zu 5000 M 14557 105990	
13 zu 3000 M 10053 12540 50584 97185 179440 273085	
20 zu 1000 M 65860 121481 130072 136750 137381 168947 100119 224799 248205 269113	

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterien-Einrichtungen zur vorläufigen Einsicht anliegen.

Achtung!! Chauffeur!!
Hohe Belohnung
für Wiederbringung eines Altensüdes in Rollenform, eingeschl. in dünnes weißes Papier
Besitzer bezieht mit Frau und Tochter am 20. Sept. abends zwischen 9 und 9 30 Uhr eine Autodrosche in der Joachimshaler Straße gegenüber dem „Kulabu“.
Die Fahrt ging durch Auerhahnbaum, über Halensee Brücke, Königsallee nach Glienicker, Siemensstraße. Die Altensüde blieb in dem Auto zurück.
Wiederbringer erhält ohne Begleitungsprüfung sehr hohe Belohnung. Der Chauffeur, der bemerktete Fahrer ausgeführt hat, wird auch dann gegen hohe Belohnung um Vergebung gebitten, wenn er die Rolle nicht gefunden hat.
Sämtliche Mitteilungen richten man an
„Die Detektive“ Grünmayer & Müller
539 64, Friedrichstr. 208, Zentrum 2158

Prima Kautschuk-Schul-Tornister 50 M.
Eislobener Straße 11
Frankfurter Allee 28
Frankfurter Allee 317
Cöpenicker Straße 136
Reinickendorfer Straße 37
Spandau, Charlottenstraße 2
Charlottenb., -Charrenstr. 2

GOLD-Silber-Platin
Goldsilber-Zentrale
Gutzkowskystraße 13

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstverwahrloser liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende **Trauringe**

1 Trauring, Dukgold . . von 75 M. an
1 Trauring, Dukgold (schwere Ausführung) 260 M.
1 Ring, 585 gest. . . von 65—200 M.
1 Ring, 333 gest. . . von 30—100 M.

Garantieschein gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
Infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.

H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1030

Metallbetten,
Stahlmatratzen, Rindbetten etc. an Brücke, Royal 30A frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Walthorus Hienfong-Essen
Echte extra-stärke (Distillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth., Drogerie, etc. v. LaDoral, E. Walthorus, Halle a. S., Trotha 143

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim Hersteller
A. Esdau
Werkstätten für seine Korbmöbel, Fernspr. Neukölln 1/39
Ausstellung u. Verkauf nur Neukölln, Anzengruberstraße 20

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treackow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124 82

Zähne von 7 M. an
Erstkl. Ausführung, 3 Jahre Garantie, Umarbeitung, alt. Gebisse, Reparaturen sofort. Goldkronen, Brücken, Teilzahl. 9-7, Sonnt. 9-1.
Hempel, Dentist, Liniestr. 220, nahe Schönhauser Tor.

Moden-Vorführung

durch Mannequins von Damen-Konfektion und Putz in der 2. Etage am Freitag Nachmittag ab 4 Uhr.

Wir empfehlen zu dieser Gelegenheit als besonders preiswert:

Damen-Konfektion	Hut-Formen	Hut-Garnierungen
Mäntel aus mollert. mod. Stoffen, fesche Raglan-Form . . . 185 ⁰⁰	Mod. Filz-Glocke in all. Farb. 28 ⁷⁵	Straußfederplatten in all. Farb. 22,75, 19 ⁷⁵
Mäntel aus guten Flauchstoffen, offen u. geschlossen z. tragen 295 ⁰⁰	Filz-Otero in allen mod. Farben 58 ⁰⁰	Straußfederkränze l. mod. Farb. 66,00, 28,75, 14 ⁷⁵
Mäntel a. wollig. Flauchstoffen, r. Farbauswahl und gute Verarbeitung . . 395 ⁰⁰	Eleg. fesche Form a. Stilkina mit Zylinder-Pfisch mit Se dengarnier. 135 ⁰⁰	Straußfederrosetten in all. Farb. 14,50, 7 ⁵⁰
	Große mod. Form 145 ⁰⁰	Straußfederpompon 7 ⁵⁰

Unsere neuesten Hut-Modelle sehen zwanglos zur Besichtigung

H. JOSEPH & Co., NEUKÖLLN Berliner Str. 51-55